

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24/5 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1/2 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum: Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 8 des Statuts für den „neuen landwirtschaftlichen Kredit-Verein für die Provinz Posen“ vom 13. Mai 1857 wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Unterzeichnete durch eine heute bewirkte spezielle Revision sich die Ueberzeugung verschafft hat:

daß der Gesamtbetrag der ausfertigten Pfandbriefe mit dem Gesamtbetrage der dem Verein zustehenden hypothekarischen Kapitalforderungen genau übereinstimmt.

Posen, den 29. März 1862.

Der Wirkliche Geheime Rath und Oberpräsident, als Staats-Kommissarius.
v. Bonin.

Berlin, 2. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: Dem bisherigen Provinzial-Archivar von Schlesien, Dr. Wattenbach zu Breslau, dem Oekonomierath Sonnenberg zu Walsleben im Kreise Ruppin und dem praktischen Arzt Dr. Karl August Siedler zu Schönebeck im Regierungs-Bezirk Magdeburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Strafanstalts-Sekretär Georg Eudite zu Insterburg, dem früheren Gemeindevorsteher Arens genannt Schulte zu Ermstinghausen im Kreise Lippstadt, dem Schauspieler-Erheber Vogel zu Stimmstamm im Kreise Arnberg und dem Schullehrer und Küster Sauer zu Potsdam das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner die Geheimen Kriegsräthe Kaufesser und Logau vom Kriegsministerium zu Wirklichen Geheimen Kriegsräthen und Räten zweiter Klasse; und den bisherigen Kammergerichts-Rath Stahn zum Ober-Konfistorial-Rath mit dem Range eines Raths dritter Klasse und Mitglieder des Evangelischen Ober-Kirchenraths; so wie den Gerichts-Assessor Dr. Dambach hier selbst zum Staatsanwalt in Beuthen d. Schl. zu ernennen.

Der bisherige Privatdozent Dr. Rudolph Eyschig in Bonn ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der königlichen Universität zu Breslau ernannt worden.

An der Realschule zu Brandenburg a. S. ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Janzen als Kollaborator genehmigt worden.

Der Kanzleirath und Geheime Registrator Wiese ist zum Geheimen Ober-Registrator des Justiz-Ministeriums, der Kanzleirath und Geheime Registrator Dolsch zum Geheimen erpedirenden Sekretär, der Geheime Registratur-Assistent Hochbaum zum Geheimen Registrator, und der Registratur-Diätarius Kheropy zum Geheimen Registratur-Assistenten ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Dienstag 1. April Abends. Bei der heute stattgehabten Ziehung der Kreditloose wurden folgende Serien gezogen: 41, 290, 396, 556, 1024, 1140, 1849, 2173, 2180, 2220, 2244, 2261, 2272, 2595, 3574, 3658, 3719, 3924, 4053, 4107. Haupttreffer fielen auf Nr. 72 Serie 3719, Nr. 43 Serie 4107, Nr. 61 Serie 290.

Paris, Dienstag 1. April Abends. Die „Patrie“ sagt: Die Nachricht, daß der General Douah Ordre erhalten habe, nach Turin zurückzukehren, ist falsch; die Einschiffung der für Vera-Cruz bestimmten Truppen dauert in Drauf fort.

(Eingeg. 2. April 8 Uhr Vormittags.)

Konstantinopel, Dienstag 1. April. (Ueber Paris.) Die Nachricht von der Uebergabe Kauplia's bestätigt sich nach neueren Berichten nicht; die Festung kann sich noch vier Monate halten. Die Anständigen wollen allein mit dem Könige unterhandeln; sie verlangen die Verabschiedung des Ministeriums, Auflösung der Kammer, Bewaffnung der Nationalgarde und Ernennung des Thronfolgers.

(Eingegangen 2. April 11 Uhr 10 Min. Vorm.)

Staatsanwaltschaft und Privatanklage.

II.

Die Privatanklage hat unter allen Umständen nicht die Natur einer organischen Reform unseres heutigen Strafrechts und Strafprozesses. Soll sie das Institut der Staatsanwaltschaft ganz verdrängen, dann enthält sie das gerade Gegentheil einer Reform, das ist eine vollkommene und radikale Umwälzung des ganzen Systems des Strafrechts, wie es seit einem halben Jahrtausend in Deutschland besteht. Seit dem Untergange der deutschen Gauverfassung und den ersten Anfängen deutschen Staatswesens in den Territorialbildungen der Fürsten hat sich die ganze Entwicklung unseres peinlichen Rechts auf dem Grundprinzip bewegt, daß durch jedes Verbrechen nicht der Einzelne, der zunächst dadurch beschädigt worden ist, sondern die Gesamtheit des Gemeinwesens, der Staat als solcher verletzt wird, und es deshalb unabhängig von den mehr rachsüchtigen oder mehr versöhnlichen Neigungen des Beschädigten der ausschließliche Beruf des Staates sei, den verübten Bruch des öffentlichen Friedens zu sühnen und den Friedensbrecher zur Strafe zu ziehen. Diesen Grundgedanken, der mit all unseren Anschauungen vom Staate und der geschichtlichen Entwicklung des letzteren in Deutschland aufs Innigste zusammenhängt, durch die Einführung der Privatanklage mit einem Male umzustossen, bloß aus Abneigung gegen eine verfehlte Organisation eines einzelnen strafprozessualischen Faktors, oder aus kindischer Nachahmung der Gerichtsverfassung anderer Völker mit einer durchaus anderen politischen Geschichte, ist Nonsens. — Es wäre in der That kaum zu begreifen, wie die Privatanklage zu einer derartigen gewissen Popularität bei uns gelangen konnte, wenn man dabei nicht das Streben der Advokatur nach immer größerer Erweiterung ihres Einflusses im Zivil- wie

im Strafprozeß mit in Rechnung zöge. Die Advokatur ist es vor Allen gewesen, welche um ihrer eigenen Interessen willen die Stichwörter „Anlagemonopol“ und „Privatanklage“ in den Schwung gebracht hat, und ihr würde in der That auch der ganze Gewinn aus der Privatanklage zufallen. Die letztere würde unbedingt, um ihren Mißbrauch zur Chikane und Erpressung zu verhüten, in ihrer praktischen Anwendung mit so viel Kautelen umgeben werden, daß schließlich nur Advokaten als Privatankläger auftreten könnten. Statt des vom Staate bestellten Anwalts, der allerdings in erster Reihe im Interesse des Staates, ebenso aber auch im Interesse jedes durch ein Verbrechen Verletzten, das Verbrechen von Amtswegen ohne Entgelt und ohne Ansehen der Person zu verfolgen verpflichtet ist, würden öffentliche Agenten die Verfolgung der strafbaren Handlungen nach den Rücksichten des Honorars für ihre Erwerbsszwecke gewerblich exploitiren. Die Bestrafung eines Verbrechens würde davon abhängig werden, ob der Beschädigte ein armer oder reicher Mann, ob er mehr oder weniger im Stande ist, sich einen tüchtigen Advokaten anzunehmen und ihn tüchtig zu besolden.

Will man aber das Institut der Staatsanwaltschaft bestehen lassen, und wie es der deutsche Juristentag vorgeschlagen, die Privatanklage nur subsidiär nebeneinschieben, dann kann man gewiß sein, dadurch gar nichts zu erreichen. Und sicherlich wenigstens nicht das, was man bezweckt. Die Staatsanwaltschaft, unberührt in ihrer straffen bürokratischen Organisation, ihrer unabhängigen koordinirten Stellung neben den Gerichtshöfen, ausgerüstet mit dem ganzen Apparat der staatlichen Polizei, würde ein so überwältigendes Ueberwicht im ganzen Strafprozeß behalten, daß daneben die Privatanklage nur als eine Fiktion ein schattenhaftes Dasein fristen könnte.

Der Weg der Reform im Strafprozeß, der auf dem Boden des geschichtlich gegebenen Systems des deutschen Strafrechts bleiben, und in dem wahren Geiste des modernen Strafprozesses auf den im Jahre 1849 geschaffenen Grundlagen weiter fortschreiten will, muß dem Staate sein absolutes Recht der ausschließlichen Verfolgung der Verbrechen lassen, und nur dahin zielen, daß dieser Beruf des Staates in streng rechtlicher und geselliger Weise erfüllt werde. Der Staatsanwaltschaft ihre fremdländische, französisch-bürokratische Gestalt zu nehmen, ihr dafür die Garantien richterlicher Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Gewissenhaftigkeit zu geben, das allein ist die Aufgabe. Und es wird immer ein nicht geringes Verdienst des Herrn v. Bernuth bleiben, daß er in seinem Gesetzentwurf durch Beseitigung der sachlichen Abhängigkeit der Staatsanwaltschaft vom Justizministerium und seinen wandelnden Parteianschauungen und durch ihre Unterordnung unter die Gerichte, dieser Aufgabe, wenn auch nicht in ihrem vollen Umfange, doch in einer der wesentlichsten Beziehungen gerecht werden wollte.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 1. April. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Die Majestäten nahmen gestern Abend mit der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Strelitz den Tee ein, nachdem sie zuvor zusammen in der Oper gewesen waren. Heute Vormittag ließ sich Se. Maj. der König von dem Generaladjutanten v. Manteuffel, dem stellvertretenden Polizeipräsidenten v. Winter zc. Vorträge halten und nahm darauf die Monatsrapporte von den Kommandeuren des 1. Garderegiments, vom Regiment Gardes du Corps, von der Garde-Artilleriebrigade zc. entgegen. Nachmittags 1/2 Uhr arbeitete der König mit dem Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen und den Ministern Grafen Bernstorff und v. Noen. An der Tafel erschienen die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Strelitz und ihre Tochter, die Herzogin Karoline, welche kurz zuvor mittelst Extrapost von Neustrelitz hier angekommen waren. Die hohen Frauen wollen hier noch die Rückkehr der Frau Kronprinzessin abwarten und sich dann zunächst zum Besuch nach Hannover begeben; später werden sie nach Schloß Rumpenheim gehen. — Der Prinz Albrecht begibt sich am Donnerstag nach seiner Villa Albrechtsberg bei Dresden zurück und wird später von dort über Lemberg, Jablunka zc. nach Mehadia ins Bad reisen. Wie bekannt, hat der Prinz schon 2 Jahre lang die dortigen Schwefelbäder gebraucht. — Der bisherige Gesandte in Petersburg, v. Bismarck-Schönhausen, wird jetzt täglich hier erwartet; er soll für den Gesandtschaftsposten in Paris designirt sein. — Der französische Bevollmächtigte, de Clercq machte im Laufe des heutigen Tages seine Abschiedsbesuche und wollte Abends nach Paris zurückreisen. — Der Gesandte Frankreichs, Prinz de la Tour d'Auvergne, gab heute ein Diner, zu welchem Gesandte, Minister zc. geladen waren. — Der Vertreter Oesterreichs, Graf Karolyi, hatte die obersten Hofchargen, den Hofstaat, die Mitglieder des diplomatischen Korps zc. zu einer Soirée geladen. — Der Staatsminister a. D. Graf Schwerin wurde heute Nachmittags vom Könige empfangen. Wie schon gemeldet, tritt der Graf heute Abend seine Reise nach Italien an und hat für dieselbe 3 Monate bestimmt. — In kurzer Zeit soll hier die feierliche Grundsteinlegung zum Denkmal des Grafen Brandenburg stattfinden. Dasselbe erhält seinen Standort auf dem Leipziger Platz. — Der oftgenannte Stud. Schoeppe, welcher kürzlich von hier entwichen war, ist in der Nähe seines Geburtsortes, und zwar im Dorfe Neuzelle wieder festgenommen und gestern gefesselt hier eingebracht worden.

* — [Zu den Wahlen; Dementi.] Den Beamten des Kultusministeriums ist von Herrn v. Müllern der Wahlzettel des Herrn v. Jagow mit dem Bemerkten mitgetheilt worden, daß er sich den Ausführungen des Erlasses überall anschließt und von sei-

nen Untergebenen das entsprechende Verhalten bei den Wahlen ebenfalls erwarte. Die Beamten hatten die Mittheilung zu unterschreiben. — Die von der feudalen Kammerkorrespondenz verbreitete Nachricht von dem Tode des Papstes ist erfunden.

[Rechtentscheidungen.] Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält ein Erkenntniß des königl. Obergerichtsbereichs vom 18. Dezember v. J., wonach Beschwerden an das Obergericht in polizeigerichtlichen Untersuchungssachen, welche von dem Oberstaatsanwalt mit Ermächtigung des Justizministers erhoben werden, der Regel nach bei dem Obergericht einzureichen sind und die Behandlung der Beschwerde als Richtigkeitsbeschwerde und in Folge dessen ihre Einreichung bei dem Gericht erster Instanz nur ausnahmsweise in dem Falle eintritt, wo der Rekurs gegen ein polizeigerichtliches Urtheil durch Verfügung zurückgewiesen worden ist; ferner ein Erkenntniß des königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 12. Oktober v. J., wonach die Regierungen vermöge des ihnen zustehenden Aufsichtsrechts über das Elementarschulwesen auch dafür zu sorgen haben, daß den ohne ihre Schuld dienstunfähig gewordenen Schullehrern eine angemessene Pension von den dazu verpflichteten Gemeinden bewilligt werde, und gegen die deshalb erlassenen Verfügungen der Rechtsweg unzulässig ist.

[Die polizeiliche Konzessions-Entziehung.] Eine für den Geschäftsverkehr höchst wichtige Frage ist kürzlich durch gerichtliches Erkenntniß entschieden worden. Dem Buchhändler und Buchdrucker Reichardt wurde durch polizeilichen Beschluß vom 3. August 1853 die ihm früher ertheilte Konzession zum Betriebe des Buchhandels entzogen. Trotdem betrieb er in neuester Zeit dies Gewerbe weiter, weshalb der Polizeianwalt gegen ihn Anklage erhob. Im Audienztermin machte der Angeklagte geltend, daß er zur Fortsetzung des Geschäfts berechtigt gewesen, indem auf Grund des §. 54 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 und der Deklaration dieses Paragraphen vom 21. April 1860 die Konzessionsentziehung nur durch richterlichen Ausspruch, nicht aber durch polizeiliches Resolüt erfolgen könne. Er behauptete daher, noch im Besitze der Konzession zu sein und keine Kontravention begangen zu haben. Das Gericht ist dieser Ausführung auch beigetreten und hat den Angeklagten freigesprochen.

[Herabsetzung der Telegraphengebühren.] Vom 1. April c. ab werden, laut Verfügung des königlichen Ministeriums für Handel zc. d. d. 28. März c., die Gebühren für interne Korrespondenz in der Weise ermäßigt, daß die 3. Zone in Wegfall kommt, mithin nur 2 Gebühreuzonen, bestehen bleiben: die 1. bis zu zehn Meilen Entfernung. Das Maximum der Beförderungsgeld für eine einfache, ausschließlich auf preussischen Telegraphenlinien zu befördernde Depesche (Zwanzig Wörter) beträgt demnach 16 Sgr., für eine Depesche von Dreißig Wörtern 24 Sgr. u. s. w.

[Die Erklärung Kurhessens am Bunde.] Nach dem offiziellen Bericht über die Bundestagsitzung am 27. März gab Kurhessen auf den von Oesterreich und Preußen in der 10. diesjährigen Bundestagsitzung gestellten, die kurhessische Verfassungsangelegenheit betreffenden Antrag eine Erklärung ab. In dieser Erklärung, welche dem betreffenden Ausschusse zugewiesen wurde, wird zunächst die dem Antrage zu Grunde liegende Annahme widerlegt, als ob die Verfassungsangelegenheit des Kurstaats noch zu keinem definitiven Abschluß gelangt sei, indem vielmehr die Bundesversammlung sich in ihrem Beschlusse vom 24. März 1860 ganz ausdrücklich dahin erklärt habe, daß eine beruhigende Anzeige in der Publikation einer Verfassung, wie sie unter dem 30. Mai 1860 erfolgt sei, erblickt werden solle. Die Bundesversammlung habe dieser Verfassung sogar ihre Garantie zugesagt und sich einen Vorbehalt nur für weitere der Sachlage entsprechende Entscheidung vorbehalten. Ein Vorbehalt weiterer Beschlußfassung werde aber niemals in dem Sinne aufgefaßt werden können, daß damit die rechtliche Wirksamkeit der früheren Beschlüsse ohne Weiteres dem Ermessen der Bundesversammlung unterstellt worden sei, sobald nicht zugleich diesen Beschlüssen eine nur probatorische Bedeutung zugewiesen werden solle. Die kurfürstliche Regierung dürfe daher erwarten, daß sich die Bundesversammlung nicht ihrer Verpflichtungen gegen sie entziehen werde. Der Antrag selbst lasse eine mehrfache Auslegung zu, indem es nach demselben zweifelhaft erheine, wie es sich mit den nach der Verfassung vom 5. Jan. 1831 bereits berücksichtigten Staatsverträgen der Mediatirten und der Reichsritterschaft verhalten und ob die Verfassung von 1831 auch in ihren offenbar bundeswidrigen Bestimmungen hergestellt werden solle, sowie ob unter dem in dem Antrag erwähnten verfassungsmäßigen Wege das Wahlgesetz von 1831 oder das in den zeitfertigen Verhandlungen und Beschlüssen ausdrücklich als bundeswidrig bezeichnete von 1849 gemeint sei. Die kurfürstliche Regierung glaube hiernach in Anspruch nehmen zu sollen, daß die Bundesversammlung mit Anerkennung der jedem Einzelstaat bundesgrundgesetzlich zugesicherten Selbstständigkeit einen Beschluß fassen werde, der ihr eine sichere Grundlage zum Handeln darbiete.

[Dänische Depesche zur Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit.] Es liegt jetzt der Vorlaut der Depesche vor, in welcher Herr Hall, der dänische Minister des Auswärtigen, die preussisch östreichischen Depeschen vom 8. und 14. Februar beantwortet. Es heißt darin, in Uebereinstimmung mit früheren Andeutungen über diese Depesche, zunächst, Herr Hall glaube, durch seine Depesche vom 26. Oktober v. J. einen praktischen Versuch gemacht zu haben, mit Rücksicht auf Holstein den deutschen Bund zu befriedigen. „Statt nun“, so fährt Minister Hall fort, „die in der Depesche vom 26. Oktober gemachten Vorschläge einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, hat der k.

preussische (l. l. östreichische) Minister es vorgezogen, jede Erörterung darüber durch die Frage zu beseitigen, ob die l. Regierung sich durch die in den Verhandlungen von 1852 abgegebenen Erklärungen noch gebunden erachte. Wenn gleich diese Frage uns nur hat überraschen können, so gereicht es uns doch zu einer Befriedigung, daraus zu ersehen, daß die l. preussische Regierung ihrerseits festhält an jenem Uebereinkommen und den demselben zu Grunde liegenden Ansichten; denn wir gestehen, daß es uns oft unmöglich erschienen ist, die Forderungen der Bundesversammlung mit denselben in Einklang zu bringen. Was uns betrifft, so nehmen wir keinen Anstand, zu erklären, daß die l. Regierung selbstverständlich jede übernommene Verpflichtung erfüllen wird. Nur gilt es hier, wie in jeder völkerechtlichen Verhandlung, daß keiner der kontrahirenden Parteien das Recht zusteht, jeder beliebigen Aeußerung in dem vorausgehenden Schriftwechsel diejenige traktatmäßige Gültigkeit beizulegen, welche nur dem schließlichen, beiderseits akzeptirten Uebereinkommen gebührt, und daß bei einer Meinungsverschiedenheit über Sinn und Bedeutung des abgeschlossenen Uebereinkommens keiner der dabei Theilnehmenden die Befugniß eines rechtskräftigen Urtheils in Anspruch nehmen kann. Nur insofern die Frage die inneren Angelegenheiten der deutschen Bundesländer und deren Verhältnis zum Bunde betrifft, gehört sie vor das Forum der Bundesversammlung und selbst dies nur innerhalb der durch das Bundesrecht angewiesenen Grenzen. Ueber diese hinaus und namentlich auch insofern sie das Rechtsverhältnis dieser Landes-theile zum dänischen Gesamtstaate angeht, ist es eine internationale Frage, die nur durch Verhandlungen und Uebereinkommen geschlichtet werden kann, und wo die Anwendung der äußersten völkerechtlichen Zwangsmittel, um eine einseitige Meinung geltend zu machen, den Charakter einer Bundesexekution nicht haben kann. Die Depesche wendet sich dann in ihrem Verlauf der schleswighischen Seite der Streitfrage zu und fährt mit Bezugnahme darauf in bestimmter ablehnender Weise fort: „Sollte indessen diese Berufung auf die Vorgänge von 1852 wenigstens theilweise auch durch den Wunsch hervorgerufen sein, das Herzogthum Schleswig in den Bereich der gegenwärtigen Verhandlungen zu ziehen, dann kann die königliche Regierung diesem Wunsch nicht willfahren, weil es sich hier (bei den gegenwärtigen Verhandlungen) um die Schlichtung eines Streites mit dem Bunde und um ein deutsches Vaterland handelt, während das dänische Herzogthum Schleswig in keiner Weise der bundesrechtlichen Kompetenz unterworfen ist... und wir bemerken nur noch, daß es auf einem völligen Mißverständnis beruht, wenn der Herr Minister in unserer Depesche vom 26. Dez. eine Andeutung davon gefunden zu haben glaubt, daß die Verhältnisse der Nationalitäten im Innern des Landes in irgend einer Weise Gegenstand der Verhandlungen von 1851 und 1852 sind.“ Was diese jüngste holländische Depesche auszeichnet, ist weniger ihr Inhalt, als der Ton, in dem sie geschrieben ist. Wendungen wie „jede beliebige Aeußerung“ u. s. w. standen bisher schwerlich im diplomatischen Koder.

[Statistisches.] Im Jahre 1861 sind in den Häfen des preussischen Staates an Seeschiffen (einschließlich der Dampfschiffahrt) eingegangen: 5757 Schiffe unter fremder, 5618 unter preussischer Flagge; im Ganzen 11,375 Schiffe (741 mehr als 1860). Deren Lastenzahl war 912,397. Beladen waren 6455, mit Ballast 4920 Schiffe. Ausgegangen sind 5729 unter fremder, 5513 unter preussischer Flagge, im Ganzen 11,242 (gegen 10,817 im Jahre 1860) mit 978,728 Lastenzahl. Beladen waren 10,264, mit Ballast 978.

Bonn, 31. März. [Petition.] In der verwichenen Woche wurde die Adresse hiesiger Studirenden in der Paritätsfrage mit beinahe 400 Unterschriften an den Herrn Kultusminister v. Mülller abgeschickt.

Danzig, 30. März. [Landrätliche Auslegung des ministeriellen Wahlerlasses.] Der Erlaß des Ministers des Innern hat in dem hiesigen Kreisblatt eine sehr ausführliche Interpretation durch Herrn v. Brauchitsch erhalten. Wir theilen den Schluß dieses an die „Herrn und Männer des Kreises“ gerichteten Aufrufs nachfolgend mit. Herr v. Brauchitsch sagt: „Auch bei den bevorstehenden Wahlen wird es heißen: Wer für einen Demokraten oder sogenannten Fortschrittsmann seine Stimme abgibt, der ist wider seinen König und hängt ihm und seinem Hause nicht in Treue an“, wie Se. Majestät wörtlich selbst sagt. Es ist nur die Frage: Wollen wir das königliche Regiment vertauschen mit dem hundertschöpfigen Regiment des redseligen Abgeordnetenhauses? Oder wollen wir statt eines geduldeten Königthums von „Fortschritt“-Gnaden hochhalten unser altes preussisches Königthum von Gottes Gnaden, hochhalten unsere ruhmreiche schwarze weiße Hohenzollernfahne, gehorchen einem festen Regiment mit straffem Zügel, unterstützen männliches Thun in dieser verwaschenen Zeit des phrasenhaften Geplappers, fördern Ordnung, Recht, Gehorsam, Ruhe und somit wahre Freiheit, die das rechte Kind von festem Regiment und fester Ordnung ist und nur unter dem Schutz von diesen beiden gedeihen kann? Dazwischen also steht die Wahl, Herren und Männer des Kreises! Je höher ein Preuße seinen König und dessen Willen ehrt, desto höher stellt er sich selbst.“

Bydtkuhnen, 29. März. [Eisenbahneröffnung.] Gestern fand die provisorische Eröffnung der Eisenbahnstrecke Dünamburg-Kowno statt und traf der erste Zug von Petersburg gestern Morgen 9 Uhr hier ein. Bis zur definitiven Eröffnung der obigen Strecke, welche in kurzer Zeit stattfinden wird, werden auf derselben nur drei Züge wöchentlich kursiren und zwar Sonntags, Dienstags und Donnerstags. Mit der Eröffnung dieser Strecke verbindet jetzt die Schienenstraße sämtliche Hauptstädte des Kontingents. Daß der Personenverkehr mit Rußland hier ein großer werden wird, ist zu erwarten; der erste Zug war so stark besetzt, daß die geräumigen Expeditionslokale gedrängt voll waren und die Expeditionsbeamten ihre Arbeiten kaum bewältigen konnten.

Köln, 31. April. [Erklärung des Hrn. v. Vincke.] Die „Köln. Ztg.“ enthält folgende Erklärung des Freiherrn G. v. Vincke:

Die Notiz aus Hagen vom 25. d. Mts., ich habe erklärt, daß jegliche Ministerium unterliegen zu wollen, scheint auf dem Mißverständnis eines, übrigens zur Veröffentlichung nicht bestimmten Privatbriefes zu beruhen. Ich bin nur der Ansicht, daß zweckmäßige Vorlagen der Regierung Sr. Maj. des Königs nicht deshalb von der Landesvertretung zurückzuweisen sind, weil etwa die gegenwärtigen Minister sie kontrahirt haben. Im Uebrigen habe ich mich allerdings auf das Entschiedenste gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses erklärt, daß: 2) diese Spezialsteuer (des Staats) schon bei der Bestimmung des Staatshaushalts-Stats pro 1862 und zwar im Anhalt an die Titel und Titel-

Abtheilungen der pro 1850 gelegten Spezial-Rechnungen zu bewirken sei“ und zwar deshalb, weil: 1) Der Beschluß, das Budget nur unter bestimmten Bedingungen, zu welchen die Regierung noch nicht zustimmt, zu bewilligen, mir wenig auch berechtigt, doch jedenfalls als das alleräußerste Mittel erscheint, mit welchem man nicht anfangen, sondern allenfalls nur enden soll, wenn alle andern mildern Mittel fruchtlos versucht sind. 2) Weil es der leitende, durch die Natur der Dinge gerechtfertigte Gebrauch des Abgeordnetenhauses war, in wesentlich eine besondere Sach- und Geschäftskennntnis voraussetzenden Fragen, wie die vorliegende, der Regierung die Initiative zu überlassen, welche daneben im Besitze des vollständigsten Materiales sich befindet, und auf ihre persönliche Verantwortlichkeit die Geschäfte des Landes zu führen hat. 3) Weil die Rechnung für 1859 ohne Zweifel erst von äußerst wenigen Mitgliedern auch nur eingesehen war; eine solche Einsicht übrigens keineswegs genügt, vielmehr jede einzelne Position darauf anzusehen und durch Erörterung mit dem Finanzminister in der recht eigentlich dazu berufenen Budget-Kommission des Hauses und deren demnachstigem Bericht festzustellen war, in wie fern jene Rechnung zur Grundlage für den Staatshaushalts-Etat sich eignete, statt daß man in Vorschlag und Bogen, auf ein improvisirtes Amendement, unter Widerspruch der Regierung, sofort darüber beschloß. 4) Weil, obwohl der nach Sachkunde und Vertrauenswürdigkeit rühmlich bewährte vorige Finanzminister auf das Entgegenkommen mit dem Prinzipie des Beschlusses: 1) daß der Staatshaushalts-Etat in seinen Eiteln durch Aufnahme der wesentlichsten Einnahme- und Ausgabe-Positionen aus den demselben zum Grunde liegenden Verwaltungs-Stats mehr zu spezialisiren sich einverstand, so wie zur Erwägung, ob der Etat nach der Rechnung pro 1859 einzurichten, sich bereit erklärte, wenn man nur nicht „heute“, ohne diese Erwägung abzuwarten, darüber Beschluß fassen wollte, man dennoch mit diesem Beschlusse ihm ins Gesicht schlug. 5) Weil ein Beschluß, welcher, nach der ausdrücklichen Erklärung des Ministers, einen Rücktritt des Ministeriums in Aussicht stellte, nicht hätte gefaßt werden sollen, bevor die Botanten darüber mit sich zu Rathe gegangen waren, ob sie, was ich bezweifle, in ihrer Mitte die Männer besaßen, welche befähigt und den Umständen nach in der Lage waren, mit Erfolg die Geschäfte des Landes zu übernehmen. Ich brauche wohl nur an die Lage von Europa und Deutschland zu erinnern, um zu bezeugen, was der Rücktritt der liberalen Minister, ich brauche nur an die noch mangelnde Ausführung der Grundsteuergesetze zu erinnern, um anzudeuten, was der Rücktritt des Hrn. v. Patow für unser Vaterland bedeutet. Ich habe der Offenheit angemessen erachtet, mich dergestalt über die brennende Frage des Augenblicks auszusprechen, während ich meine politische Richtung seit 13 Jahren zur Genüge klar gelegt habe. Ich habe auf die an mich gerichtete Frage mich bereit erklärt, wenn man hiernach im Kreise Hagen mich wählen wollte, diese Wahl anzunehmen, wenn ich auch, in Betracht der damit verknüpften großen Verantwortlichkeit, ein Mandat zu wenig wünsche, daß ich mich darum, wie noch nie geschehen, auch diesmal nicht bewerben würde. Odenwalde, 29. März 1862. G. Vincke.

Frankfurt a. M., 31. März. [Versammlung des Nationalvereins.] Die gestern Nachmittag im Saalbau abgehaltene Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins war, trotz des schönen, sommerlichen Wetters, von beiläufig 3000 Personen besucht. Ramentlich waren die Gallerien von Freunden der nationalen Sache und die Logen von Damen dicht besetzt. Dr. Lang aus Wiesbaden wurde durch Akklamation zum Vorsitzenden gewählt. Als Redner traten außer diesem die Herren Sonnemann, Dr. Stern, die Redakteure Jungermann und Trabert und schließlich lebhaft begrüßt Dr. Weg aus Darmstadt auf. Zu vörderst wurde die Alzeier Sympathie-Erklärung für die preussische Fortschrittspartei angenommen. Den zweiten Gegenstand d. r. Tagesordnung bildete die kurhessische Verfassungsangelegenheit. Das Referat hatte Herr Jungermann, Mitredakteur der „Zeit“, übernommen. Derselbe gab in einem längeren Vortrage eine Geschichte der Verfassung von 1831 und des Kampfes für dieselbe seit dem September 1850. In Bezug hierauf wurden folgende Resolutionen angenommen. Die Frankfurter Versammlung des Nationalvereins vom 30. März 1862 sendet dem kurhessischen Volk und insbesondere den opfermüthigen Bürgern von Hanau ihren herzlichsten Gruß und erklärt: 1) der bei dem deutschen Bunde gestellte östreichische und preussische Antrag in der kurhessischen Sache wahr nicht den bei dieser Frage vor Allem in Betracht kommenden Standpunkt des vollen ungeschmälerten Rechts. So wie bisher die Kurhessen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihren Kampf bestanden, so sind wir überzeugt, daß sie ferner ausdauern werden, bis die Verfassung vom 5. Jan. 1831 mit allen ihren verfassungsmäßigen Aenderungen, insbesondere dem Wahlgesetze vom 5. April 1849, vollständig wieder hergestellt ist. 2) der Ausgang d. s. kurhessischen Verfassungskampfes ist für den Rechtsbestand sämmtlicher deutschen Verfassungen mit entscheidend; die kurhessische Verfassung ist eine deutsche Angelegenheit. Das gesammte deutsche Volk muß deshalb die Opfer, welche die kurhessischen Brüder im weiteren Verlauf ihres Kampfes für Recht und Freiheit zu bringen haben, gemeinsam tragen.“ Gleiche Annahme fand folgender von Dr. Reinganum sen. begründeter Antrag: „In Erwägung, daß die gegenwärtigen Zustände in mehreren deutschen Ländern der Besorgniß Raum geben, daß Einzelne in Folge der selbständigen Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten in ihren äußeren Verhältnissen wesentlich geschädigt werden könnten, spricht die heutige Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins ihre Ansicht aus, daß es eine Aufgabe des deutschen Nationalvereins sei, die ihm zur Verfügung stehenden und weiter einzusammelnden Mittel zur Deckung solcher Schädigungen zu verwenden, und richtet an den Ausschuß des Nationalvereins das Ersuchen, die zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. In einer nun folgenden Pause wurde für die bedürftigen Schleswig-Holsteiner gesammelt, und dann an Weg aus Darmstadt das Wort ertheilt. Der populäre Redner wendete sich vor Allem an die, denen die „Thaten“ des Nationalvereins noch immer zu klein erscheinen, um sich an ihnen zu betheiligen. Der eben gefaßte Beschluß verschaffe ihnen hoffentlich eine willkommenen Gelegenheit, von ihrem „Gut“ ein wenig herzugeben, wenn auch nicht von ihrem „Blut“. Auch müsse nachgerade doch wohl jeder Rest des Mißtrauens, daß der Nationalverein Deutschland preussisch machen wolle, verschwunden sein. Denn von ihm sei jene Partei ausgegangen, die jetzt in Preußen den schwereren Kampf des Gesetzes gegen den Absolutismus und seine finsternen Verbündeten führe. Das preussische Volk habe alle Berechnungen auf seine Schwäche und Laune zu Schanden gemacht; es werde auch fortan die deutsche Sache ihren Feinden nicht erliegen lassen. Unter dem Beifall, der hierauf ertönte, wurde die Verammlung geschlossen.

Sächs. Herzogth. Gotha, 30. März. [Gesetzentwurf über die Stellung des Militärs.] Dem gemeinschaftlichen Landtage ist in vorgestrichter Sitzung in Folge eines Beschlusses des letzteren ein Gesetzentwurf über die Stellung des Militärs im Staate vorgelegt worden, um, wie das betreffende Dekret sagt, Alles zu thun, damit das Scheitern der mit dem Königreich Preußen abgeschlossenen Militärkonvention verhindert werde. Zugleich nimmt das Dekret Bezug auf die in dem früher erstatteten Berichte der Majorität der Militärkommission enthaltene Bemerkung, es müßten die Truppenbefehlshaber, welche in ungesetzlicher Weise eine Befugniß Zivilbehörden oder Zivilpersonen gegenüber sich anmaßten, mit von den Zivilbehörden zu erlenkenden Strafen bedroht werden.

Die Staatsregierung erklärt, daß sie Verwahrung einlegen müsse, wenn in dieser Bemerkung die Behauptung aufgestellt sein sollte, daß der Landtag, als er bei Annahme der Militärkonvention einen Vorbehalt wegen vorheriger gesetzlicher Regulirung der dienstlichen Befugnisse der Stadtkommandanten gestellt, eine derartige mit der Konvention unvereinbare Bestimmung im Auge gehabt habe. Was das vorgelegte Gesetz betrifft, so bestimmt dasselbe, daß den Militärbehörden und Militärpersonen in Friedenszeiten Zivilpersonen gegenüber nur insoweit, als dies gesetzlich bestimmt sei, eine Amtsgewalt zustehe. Die Zivilbehörden sind den Militärbehörden coordinirt und der Verkehr zwischen beiden wird durch schriftliches oder mündliches Ersuchen vermittelt. Zu Leistungen für das Militär können (außer nach dem Nothrechte im Kriegszustande) Zivilpersonen nur durch die zuständige Zivilbehörde angehalten werden. Auch ohne Requisition einer Zivilbehörde und in Ermangelung der Voraussetzungen zum Gebrauche der Waffen sind Wachen oder Patrouillen zur vorläufigen Festnahme von Zivilpersonen berechtigt, wenn solche bei oder gleich nach Verübung einer strafbaren Handlung betroffen resp. verfolgt werden oder wenn die Festnahme zur Selbstvertheidigung geschieht. Es sind aber solche Personen sobald als thunlich an die Zivilbehörde abzuliefern. Militärpersonen, welche Zivilpersonen gegenüber widerrechtlich eine Amtsgewalt sich anmaßen, werden nach den einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzes bestraft.

Großbritannien und Irland.

London, 30. März. [Presstimmen über Preußen.] Mehrere der Wochenblätter bringen scharfe Artikel über das die Wahlen einleitende Rundschreiben des neuen Ministers des Innern von Preußen. So sagt die „Saturday Review“: Genau dieselbe Methode war von den französischen Regierungen dieses Jahrhunderts den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber beobachtet worden. So weit aber trieb man es nicht, das Staatsoberhaupt, wie in Preußen, zur Quelle aller Gedanken wie aller Ehren hinzustellen, und heute noch rühmt sich der französische Imperialismus, nur der Dolmetsch der Volkswünsche zu sein, nicht aber ihnen vorgreifen zu können. Sonderbar, daß eine derartige Theorie mit erstster Meue gerade in Preußen aufgestellt werden kann, das wir als den freiesten und gebildetsten Staat Deutschland zu betrachten gewohnt sind. Die neue Politik wird in vielen Lagern nicht geringe Freude hervorgerufen haben, zunächst in Wien, wo man stolz sein wird, liberaler als Preußen zu sein, das auf die Hegemonie Anspruch macht, und sie mit jedem Tage mehr verwirklicht. Dann bei den Höfen der kleineren deutschen Fürsten, die sich wieder sicher fühlen. Desto schmerzlicher muß die Erniedrigung von den gebildeten Patrioten Preußens empfunden werden. Sie geben sich hoffentlich noch nicht geschlagen. England schaut mit warmer Theilnahme auf den bevorstehenden Wahlkampf, denn die Freiheit Preußens ist ihm von größerem Werthe, als die der meisten festländischen Nationen.

London, 1. April. [Parlament; aus Amerika.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Palmerston auf eine Interpellation Hubbards, daß England, indem es der türkischen Anleihe seinen Beistand leihe, keine Verantwortlichkeit auf sich geladen habe und nur darüber wache, daß dieselbe auf das Beste verwendet werde. — Nach weiteren Berichten aus New York stand die Uebergabe von Savannah nahe bevor. Die Konföderirten hatten ihre letzten Positionen am unteren Potomac geräumt. — New-Yorker Journale versichern, daß ernste Uneinigkeit unter den Allirten in Mexiko herrsche, und daß man einen Bruch zwischen den französischen und spanischen Gesandtschaften voraussehe. — Aus Vera-Cruz vom 4. v. M. wird gemeldet, daß General Prim die Streitkräfte der Verbündeten befehligt und daß die Franzosen und die Spanier nach Kuba zurückkehren. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 30. März. [Das Extrabudget für 1863.] Hft. nachdem es die Zustimmung des Staatsrathes erhalten, nunmehr dem gesetzgebenden Körper überwiesen worden. Dasselbe beläuft sich laut Art. 6 auf zusammen 138,870,000 Frcs., die den einzelnen Ministerien folgendermaßen zugetheilt werden sollen: Staatsministerium 9,450,000, Inneres 4,170,000, Finanzen 9,605,500, Krieg 9,889,000, Algerien 3,750,000, Unterricht u. Kultus 4,000,000, Marine und Kolonien 17,000,000, und endlich Ackerbau, Handel und öffentliche Arbeiten 81,005,500 Frcs. Beschafft wird das Geld aus dem disponiblen Saldo der Trentenär-Obligationsen und den Bezahlungen, welche die Lyoner und die Orleansbahn zu leisten haben, mit 57,500,000, aus der chinesischen Entschädigung mit 10,000,000, aus dem Verkauf der Grundstücke, deren Preis zum Oprenbau verwandt wird, mit 3,000,000, aus der Zuckersteuer mit 36,840,000 und aus der Salzsteuer mit 31,530,000 Frcs.

[Tagesbericht.] Der Kaiser geht den 1. Mai nach Fontainebleau und dann in die Auvergne. Später unternimmt er in Gesellschaft der Kaiserin eine Reise in die westlichen Provinzen Frankreichs. Frankreich hat mit dem Könige von Siam wegen Ausfuhr des Korkholzes, das so vorzüglich für den Schiffsbau geeignet ist, eine Uebereinkunft abgeschlossen. — Dem Senat lagen gestern zwei Petitionen in Betreff des gesetzlich fixirten Zinsfußes vor. Michael Chevalier und Foreade la Roquette wollten dieselben der Regierung überwiesen wissen; Generalprokurator Dupin empfahl zur Tagesordnung überzugehen. Schließlich ging die Verammlung über die Petition, welche auf Abschaffung des Buchergesetzes von 1807 zielte, zur Tagesordnung über und verwies die andere ins Bureau zur Berichterstattung über die Maßregeln, welche zu treffen sein möchten, um den Exporthandel vor den nachtheiligen Wirkungen des Buchergesetzes sicher zu stellen. — Der Senat des „Monde“ und der Unterzeichner eines in diesem Journal veröffentlichten Artikels sind heute vom Zuchtpolizeigericht wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Bürger unter einander zu 500 Fr. Geldbuße jeder verurtheilt worden.

[Französische Urtheile über den Wahlerlaß des Hrn. v. Jagow.] Die französische Presse beschäftigt sich mit unverkennbarem Interesse mit dem Rundschreiben des preussischen Ministeriums des Innern, das sie entweder vollständig oder im wesentlichen Auszug wiedergibt. Man liest darüber in den „Debat“: „Man ersieht, offen gestanden, aus diesem Rundschreiben nicht allzu klar, was die leitenden Prinzipien der Regierung sind. Der Herr Minister entwickelt eine ziemlich dunkle konstitutionelle Theorie, in der, nur an zwei oder drei Stellen, die Wollen sich zer-

theilen, um die bei uns, diesseits des Rheines, wohlbekannte Unterscheidung zwischen repräsentativer Regierung und Parlamentarismus durchblicken zu lassen. Der preussische Minister legt eben so großen Geschmach für die repräsentative Regierung, als Widerwillen gegen den Parlamentarismus an den Tag. Wir müssen ihm bemerklich machen, daß diese subtile Unterscheidung anfängt, jetzt weit weniger, als vor fünf oder sechs Jahren, bei uns Mode zu sein. Es scheint sich nicht der Mühe zu lohnen, sie gerade in dem Augenblicke, wo Frankreich sie sich abzugewöhnen gedenkt, nach Preußen überzupflanzen. — Die „Presse“ bemerkt: „Wie dem auch sei, die Partei hat begonnen. Die preussischen Wähler werden, wie wir nicht bezweifeln, einsehen, daß die konstitutionelle Freiheit ihres Landes, ja vielleicht die des ganzen Deutschlands auf dem Spiele steht.“ — „Also“, sagt der „Ami de la Religion“, „allen Fraktionen der Fortschrittspartei erklärt das neue preussische Kabinet den Krieg. Wir wollen sehen, was die Wähler antworten werden.“ — Die „Patrie“ schreibt: „Der politische Prozeß, der eben in Preußen vorgeht, ist ein bedeutender und muß die Aufmerksamkeit Europa's auf sich ziehen. Insbesondere muß Frankreich an demselben, wie an allen großen Fragen überhaupt, ein Interesse nehmen, bei denen die Sache des Fortschritts und des Liberalismus, der sich jetzt alle Geister zuwenden, betheilig ist.“

[Madagascar.] Die „Gazette de France“ bringt wieder einmal die „unbestreitbaren“ Ansprüche Frankreichs auf die Insel Madagascar zur Sprache. Nachdem sie alle Vorbeile, die Frankreich durch den Besitz dieser Insel erwachsen, weitläufig auseinandergesetzt hat, giebt sie die Versicherung, daß nicht nur Radama II. (der jetzige König), sondern auch sein ganzes Volk den französischen Schutz wünschten. Man müsse diesem Wunsche entsprechen und sich zu einer energischen Protection entschließen, wozu einige Tausend Soldaten hinreichten. Frankreich gelange dadurch wieder in den Besitz dieser Kolonie, die seiner Handelsmarine einen raschen Aufschwung und seiner Kriegsmarine einen großen Glanz verleihen würde; außerdem gebe sie die Operationsbasis eines ausgedehnten, den großen Tagen der französischen Kolonialmacht würdigen Kolonialsystems, vor dem England bald erliegen würde. „Wir können nicht begreifen“, sagt schließlich die britenfeindliche „Gazette“, „daß man noch zögert, diesen Weg zu betreten, da das Bishigen englischer Unmuth durch so großen Gewinn aufgewogen wird.“

[Depeschenverkehr.] Die seit 1. Januar 1862 eingetretene Preisermäßigung für telegraphische Depeschen hat bereits sehr erfreuliche Resultate geliefert und die gehegten Erwartungen noch übertroffen. Im Dezember 1861, wo noch der alte Tarif in Kraft war, wurden 75,549 Depeschen befördert, welche 393,884 Fr. 92 C. eintrugen; während im darauf folgenden Monat schon die Zahl der Depeschen auf 108,844 und die Einnahmen, trotz der Ermäßigung, auf 394,081 Fr. 68 C. gestiegen waren. Im Januar 1862 wurden nur 64,616 Depeschen befördert und 362,974 Fr. 7 C. dafür eingenommen. Es ergiebt sich folglich für Januar 1862 Mehreinnahme von 196 Fr. 7 C. gegen Dezember und von 31,107 Fr. 61 C. gegen Januar 1861 und eine Zunahme in der Depeschenbeförderung um 33,285 Stück gegen Dezember und 44,228 gegen Januar 1861.

Paris, 31. März. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Toulon wird das Geschwader am 12. April dahin zurückkehren. Sechs Schiffe werden nach Cherbourg gehen, um den Kaiser zu begleiten, der sich zur Ausstellung nach London begiebt.

Schweiz.

Basel, 30. März. [Agitation für eine katholische Nationalkirche.] Der „D. A. Z.“ schreibt man von hier: „Von allgemeinem Interesse sind die fortwährenden Bestrebungen der liberalen Katholiken der Schweiz, sich von der päpstlichen Bevormundung loszusagen. Hat schon Prof. Dr. Munzinger vor längerer Zeit in einer sehr lehrreichen Schrift dem Gedanken einer katholischen Nationalkirche Rechnung getragen, so tritt jetzt, besonders in einem sehr zeitgemäßen Aufsatze der „St. Galler Z.“, der Gedanke zu Tage, daß die Katholiken eine freie Gemeinde gründen sollten, deren Grundlage die unverfälschte Bibel ist und die das Gewissen allein zum Richter hat, den Beichtvätern das Recht bestreitend, daß selbe zu knebeln. Der Verfasser des Artikels meint, daß dann diese freie katholische Gemeinde sich von der römischen Kirche durch ihre freie Lehre, von dem Protestantismus aber durch ihren höheren Kunstsinne unterscheide, mit diesem letzteren jedoch den Sinn für Wohlthätigkeit, Sittlichkeit und wahre Frömmigkeit gemein habe. Der Nationalökonom und Kulturhistoriker Grosjean-Bernard spricht sich in der „Gaz. de Lausanne“ gegen die weltliche Macht des Papstes aus und sieht im Aufgeben dieser weltlichen Herrschaft die neue Aera der katholischen Kirche entstehen. Für den künftigen Sitz des Oberhauptes der Kirche erscheint ihm Köln am günstigsten gelegen. Der jetzige Papst sehe die Nothwendigkeit dieser neuen Stellung der Kirche ein, wolle jedoch seinem Nachfolger überlassen, sie herauszubeschwören.“

Italien.

Turin, 31. März. [Das Ministerium.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer zeigte Ratazzi an, daß die Minister Cordova, Mancini und Poggi ihre Entlassung genommen hätten. General Durando sei zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der Senator Mateucci zum Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt worden. Ratazzi behalte das Portefeuille des Innern und übernehme interimistisch das der Justiz. (Tel.)

[Der Monstreprozeß in Ascoli.] Der „Corriere delle Marche“ berichtet über die Verhörverhandlungen in dem Banditenprozeße, der zu Ascoli verhandelt ward. Angeklagt waren 163 Personen, wovon 117 auf der Anklagebank saßen, gegen die übrigen wurde ein Kontumazialurtheil gefällt; unter jenen 117 befanden sich 10 Geistliche. Dreißig Anklagepunkte lagen vor, darunter zwei auf Unternehmungen gegen die Sicherheit des Staates, wegen geheimer Zusammenkünfte im Dezember 1860 und im Januar 1861, worin die Bauern der Marken aufgefordert wurden, Banden zu bilden und die päpstliche Herrschaft herzustellen. Sechs der angeklagten Pfarrer waren bloß in diese Agitation verwickelt, gegen die übrigen Angeklagten handelte es sich um Mordthaten und Plünderungen in Folge jener Agitation. Die Geschworenen saßen 47 Tage und stimmten in allen Anklagepunkten der Staatsbehörde bei, nachdem sie 3 Tage und Nächte in Berathung gesessen. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete gegen 19 Angeklagte auf Todesstrafe,

fünf Pfarrer wurden auf Lebenszeit zu Zwangsarbeit verurtheilt, ebenso mehrere Bauern, 50 andere auf zeitweilige Zwangsarbeit, 7 zu Einzelhaft und 27 zu einfacher Gefängnißstrafe.

Neapel, 25. März. [Grausamkeiten der Briganten; Garibaldi.] In der Nähe von Lucera in der Provinz Capitanata wurden wieder unerhörte Grausamkeiten von den Briganten ausgeübt. Eine Abtheilung von 19 Soldaten, kommandirt von einem Kapitän, durchstreifte die umliegenden Gegenden, wo sich die Spuren einer Räuberbande gezeigt hatten. Plötzlich wurden sie auf ihrem Marsche von einer Uebersahl dieser Mordgefallen überfallen und auf eine grausame Weise zu Tode gemartert. Ein in der Nähe sich befindender Offizier eilte auf die Nachricht dieses Ueberfalles mit seinem Truppentheile nach jener Richtung hin, fand aber, als er an Ort und Stelle ankam, seinen unglücklichen Kameraden mit allen 19 Soldaten bereits gemordet. Die Räuber, nachdem sie vorher die Opfer ihrer Grausamkeit aller ihrer Effekten beraubt, hatten sich in die Wälder zurückgezogen. Wie es scheint, sind auch die Umgebenden vor hier nicht ganz sauber. Gestern wurden einige zwanzig dieser Helden, vermittelst Ketten aneinander geschlossen, von der Nationalgarde gefänglich hier eingbracht. — Garibaldi wird für die nächsten Tage hier erwartet. Bereits haben sich die verschiedenen politischen Vereine, die alle Garibaldi zum Ehrenpräsidenten haben, darüber berathen, wie sie am geeignetsten dessen Ankunft feiern können. Man hat u. A. vorgeschlagen, eine Generalversammlung aller dieser Vereine zusammen auf dem Marsfelde zu halten und Garibaldi einzuladen, den Vorsitz derselben zu führen. Bereits hat sich hier ein National-Schützenverein gebildet, um den Absichten des Generals zuvorzukommen. (R. Z.)

[Bourbonische Umtriebe.] Die „Stalle“ giebt Auszüge aus einem vertraulichen Schreiben eines römischen Reaktionsärs, wonach Franz II. wirklich große Geldsummen erhalten hat und der römische Ausschuss an der Reorganisation der Banden arbeitet. Diese Unternehmungen haben einen bedeutenden Aufschwung in Folge des in Venedig abgehaltenen Kongresses der vertriebenen Fürsten genommen. Derselbe wurde während der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in der Lagunenstadt gehalten und das Geld vorzugsweise vom Grafen Spambord vorgestreckt. Der „Stalle“ zufolge, wurde auch eine insgeheim vom Kaiser von Oestreich abgeschickte hohe Person vom Papste empfangen, welche demselben die besten Zusagen ertheilte. Lavalette soll Aktienstücke über diese Vorgänge in die Hände bekommen und dieselben mit nach Paris genommen haben.

Spanien.

Madrid, 27. März. [Aus den Cortes.] Im Kongreß hat Salvo Alensio eine sehr lebhaft Rede über die Pressefreiheit gehalten. Die Sitzung war bewegt. Die Regierung hat in ihr eine sehr energische Haltung angenommen.

Rußland und Polen.

Aus dem Königreich Polen, 30. März. [Militärisches; die Bauernablösung; Mängel der Verwaltung; Agitation gegen den Erzbischof.] Die Infanterie-Regimenter sollen nach und nach mit gezogenen Gewehren versehen werden, und sind am 20. d. bereits 3000 Stück aus Belgien für das in Kalisch stehende Regiment dort angekommen. — Die Kriegsgouverneure werden förmlich bestrimt durch zahlreiche Besuche der Gutsherrn um Hilfeleistung gegen ihre Bauern, weil diese weder zahlen noch Robot leisten wollen; dennoch sieht man nirgends ein eigentlich ernstes Einschreiten von Seiten der Regierung gegen die Rentiten, und es hat fast den Anschein, als wolle man das Beharren der Bauern in ihrem passiven Widerstande noch eine Zeitlang toleriren. Wenn ausländische Blätter und besonders französische Zeitschriften die Nachricht brachten, daß die Bauern an vielen Orten im Königreiche bereits im offenen Aufstande gegen ihre Herren begriffen seien, so muß diesem entschieden widersprochen werden; denn nirgends ist es zu einer offenen Auflehnung der Bauern gegen ihre Herren bis jetzt gekommen. Es wird wohl am Ende der Regierung doch nichts übrig bleiben, als die Ablösungsangelegenheit nach preussischem Muster zu ordnen und Rentenbanken einzuführen; denn, daß im Privatwege die Ablösung durch Einigung zwischen den Herren und ihren Bauern hier erfolgen könne, ist keineswegs abzusehen, und wo etwa solche Verträge bereits abgeschlossen wurden und die Sache abgemacht schien, haben die Bauern meist wieder ihre abgegebenen Erklärungen zurückgenommen und die geistlichen Verhandlungen gänzlich annullirt. Mit der Anlegung und Emission von Rentenbriefen wird es indeß auch nicht so leicht gehen, wie man glaubt, da das Schulds- und Hypothekenswesen hier sehr unregelmäßig ist, und dürfte bei dieser Gelegenheit der in dieser Sphäre eingeriffene Schandrian durch besser geordnete Einrichtung des Hypothekenswesens beim Grundbesitz beseitigt werden. — Der neulich besprochene Monstreprozeß zu Warschau bringt in seinem Verlaufe immer mehr die Unzuverlässigkeit der meisten Institutionen der bisherigen Verwaltung und die Untüchtigkeit eines Theils des zahlreichen Beamtenheeres zur Kenntniß, und wenn auch unter dem gegenwärtigen Regime schon viele Uebelstände in der Bureaokratie beseitigt worden sind, so ist doch noch immer sehr viel zu thun, bevor man wird sagen können, die Verwaltung stehe auf gesunden festen Füßen. — Bei Gelegenheit der Thronbesteigungsfester wurde ein Mann in Warschau verhaftet, der in einer Weinschenke Gremplare einer Broschüre an mehrere dort anwesende junge Polen vertheilte. Die Broschüre war in polnischer Sprache abgefaßt, aber, wie sich später ergab, nicht in Warschau, sondern in Krakau gedruckt, und forderte die katholische Bevölkerung Polens auf, einstimmig gegen den Erzbischof Felinski zu opponiren und auf seine Entfernung zu dringen, da er die katholische Kirche in Polen stürzen und der griechischen Konfession die Hegemonie im Lande verschaffen wolle. Man sieht hieraus, wie sehr dieser Kirchenfürst, der bei einer ausgezeichneten wissenschaftlichen Bildung wirkliche Frömmigkeit und geistlichen Ernst besitzt, einer gewissen Partei im Wege ist, da er auf keine Weise duldet, daß die Kirche, die Anstalt des Friedens und der Bruderliebe, zu politischen Demonstrationen benützt werde.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 29. März. [Ministerwechsel.] Der Kriegsminister Björnstrjerna hat sein Portefeuille mit dem Posten eines Generalbefehlshabers vertauscht, und Generalmajor Reuterskjöld ist Kriegsminister geworden.

Türkei.

Konstantinopel, 22. März. [Finanzmaßregel; Garibaldi-Bankett.] Der Großvezier hat an alle Provinzgouver-

neure den Befehl erlassen, alle Monate eine Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Provinz an die Pforte einzuschicken. — Das Fest zu Ehren Garibaldi's fand am 19. im Naumtheater statt. Der „Lev. Her.“ widerruft die Nachricht, daß der österreichische Internuntius und der apostolische Vikar dagegen Einsprache gethan; doch hatte die Municipalität, auf Befehl der Pforte, bereits ein Verbot gegen das Bankett erlassen, welches aber auf eine Vorstellung des italienischen Gesandten wieder zurückgenommen wurde. Letzterer selbst wohnte übrigens dem Bankette nicht bei, welches ungefähr 500 Theilnehmer zählte. (R. Z.)

Amerika.

Newyork, 17. März. [Ansprache Mac Clellan's.] In einer von McClellan an die Armee gerichteten Ansprache heißt es: „Ich habe Euch bisher unthätig gelassen, damit Ihr der Rebellion den Todesstoß verzeihen möget. Es mußte eine furchtbare Artillerie geschossen werden; und die Potomac-Armee ist jetzt eine wirkliche Armee, prächtvoll in ihrem Materiale, wunderbar in Zusammensetzung und Mannszucht, herrlich bewaffnet und ausgerüstet. Der Moment zur Aktion ist gekommen. Ich weiß, daß ich Euch die Rettung des Vaterlandes anvertrauen kann. Die Zeit der Unthätigkeit ist vorbei. Jetzt werde ich Euch den Rebellen entgegenführen, betet nur zu Gott, daß er das Recht schütze. In welcher Richtung immer Ihr geführt werdet, und so sonderbar Euch meine Schritte auch scheinen mögen, bedenkst stets, daß mein Schicksal mit dem Euren verknüpft ist. Ich werde thun, was Ihr wünscht; ich werde Euch auf ein entscheidendes Schlachtfeld führen und bemüht sein, mit möglichst kleinen Verlusten zu siegen. Ich weiß, daß Ihr mir im Nothfall für die gerechte Sache in den Tod folgen werdet. Der Himmel lächelt uns. Noch warten Siege unsrer. Glaubt nicht, daß sie ohne viele Kämpfe errungen werden können. Ihr habt einen tapfern Gegner, des Stahles wohl würdig, den Ihr so vortrefflich führt. Ich werde von Euch große und heroische Anstrengungen verlangen, schnelle und lange Märsche, vielleicht auch Entbehrungen. Wir werden diese theilen, und ist erst dieser Krieg beendet, in unsere Heimath zurückkehren mit dem Bewußtsein, auf keine größere Ehre Anspruch machen zu können, als auf das stolze Selbstbewußtsein, der Potomac-Armee angehört zu haben.“

Rio Janeiro, 16. Jan. [Das neueste Ehegesetz für Protestanten.] Der in den brasilianischen Zeitungen veröffentlichte Protest des Vorstandes der deutschen protestantischen Gemeinde in Rio Janeiro gegen dieses Gesetz enthält folgenden Passus: „Durch dieses Gesetz wird den gerechten Forderungen der in Brasilien lebenden Protestanten in keiner Weise Rechnung getragen, und den bestehenden, unsere heiligsten Interessen berührenden Uebelständen keinesweges abgeholfen.“ Daß diese Klage nicht übertrieben ist, wird einleuchten, wenn man sich der Worte erinnert, welche der Minister der Kolonisation kürzlich in den Kammern gesprochen und die dahin lauteten: Die Protestanten könnten nicht zur Gleichberechtigung auch in bürgerlichen Dingen zugelassen werden; die Privilegien der „Rechtgläubigen“ müßten diesen gewährt werden; auch seien die Protestanten nur eine Sekte.

Militärzeitung.

[Das Luzemburger Bundeskontingent.] Dasselbe, von der übrigen niederländischen Armee durchaus streng abge sondert, besteht im Frieden aus 2 Bataillonen à 4 Kompanien, wozu im Kriege noch eine Depot-Kompanie kommt. Der Stab hat 1 Kommandant (Oberst oder Oberlieutenant) 1 Adjutant (Kapitän) 1 ersten oder zweiten Lieutenant, 1 Militär-Intendanten (Major), 1 Oberarzt, 1 Auditor, 1 Verwalter; der Bataillonsstab ist zusammengefaßt aus: 1 Major, 1 Adjutant, 1 Kapitän, 1 Lieutenant-Quartiermeister, 1 Sanitäts-Offizier, 1 Adjutant-Unteroffizier, 1 Fahnenträger, 1 Stabsdiener, 1 Buchhalter; die Kompanie 1 Kapitän, 3 Lieutenants, 1 Sergeantenmajor, 4 Sergeanten, 1 Fourir, 3 Korporale, 3 Hornisten, 1 Musikszögling, 10 Freiwillige, 153 Milizen und 13 Gensdarmen. Die Milizen haben 8 Jahr Dienstzeit, wovon 6 im aktiven Kontingent, 2 in Reserve. Sie sind zuerst 18 Monate, dann jedes Jahr 28 Tage präsent. Uniform: grüner Waffenrock mit blauem Kragen und Aufschlägen, Szako von blauem Tuch mit Mohrhaarbusch, grüner Mantel und Mütze. Die Unteroffiziere haben täglich 22 Cent., etwa 3/4 Sgr für große Montur, welche sie sich selbst unterhalten müssen, Korporale und Mannschaft 17 Offiziere und Sergeanten tragen Säbel, Unteroffiziere und Mannschaft Miniégewehr und Taschenmesser, das Lederwerk besteht aus schwarzem Leibgürtel. Unten im Tornist ist eine Bude für 4 Wägen Patronen. Die Offiziere erhalten nach 15 Dienstjahren 1 Kreuz mit silberner, nach 25 mit goldener Krone. Die Mannschaft nach 6 Jahren ein, nach 12 zwei, nach 18 drei Chevrons, wovon jedes 5 Cent. tägliche Zulage bringt. Der Sold der Gemeinen beträgt täglich 6,48 Fr. oder etwa 3 Sgr. Dazu bekommt der Mann täglich Morgens Kaffee, um 12 Uhr Suppe mit Fleisch, um 4 Uhr Kartoffeln mit Gemüse, oder Erbsen, Bohnen. Die Cadets werden aus Freiwilligen gebildet, die Korporale müssen lesen und schreiben können. Bis zum Sergeanten geht die Beförderung nach dem Dienstalter. Für Offizierkandidaten besteht ein wissenschaftlicher Kursus.

[Der Ursprung des Ausrufes: „Hurrah!“] Nach Johnsons Forschungen soll das Wort „Hurrah“ seinem Ursprung nach ein gothisches sein, von Horra, Hurra, Hura abgeleitet, welche so viel als einen Herrn, ein Geschrei, einen Tumult, ein Herumrennen, ein Eilen bezeichnet. Dies Wort, im Ausrufe gebraucht, nimmt die Bedeutung an: „Ueber Hals und Kopf — so schnell als möglich!“ Als Hauptwort gedacht, bezeichnet es immer ein buntes Treiben, eine erhöhte Lebhaftigkeit, Schnelligkeit, ein Lärmen. Die Gothen sollen sich dieses Ausrufes bei allen kriegerischen Anlässen bedient haben, um durch dies wilde Geschrei unter ihren Feinden Schrecken zu verbreiten. Die Engländer scheinen dies Wort am frühesten von den Gothen entlehnt zu haben und es hat dasselbe in ihrer Sprache eine mannliche Bedeutung und Anwendung erhalten. In der englischen Armee hat man es zwar nie als Kommandowort beim Zusammenstoßen mit dem Feinde gebraucht, stets aber bei feillichen Gelegenheiten als Ausdruck eines erhebend ruhrenden Gefühls. Noch heutzutage bedeutet das Wort „to horry“ eine Erhebung der Freude, eine ausgelassene Heiterkeit, einen Triumph. So z. B. rief der kommandirende General während der vorjährigen Geburtsfeierlichkeiten der Königin Victoria bei der großen Parade im Hyde Park zu London nach den drei gegebenen Salven und Beendigung des „God save the Queen“ durch die Militärkapelle vor der Front der verammelten Truppen, dreimal hintereinander: „Hurrah!“, den Hut hoch in den Lüften schwingend, und „Hurrah!“ erlönte es dreimal nacheinander aus dem Munde der anwesenden Soldaten, indem sie ebenfalls ihre Szako's und Kappe erhaben und über ihren Köpfen schwenkten. Mit „Hurrah!“ bewillkommen auch die englischen Marineoffiziere und Matrosen ihre Kapitäne oder Admirale. „Hurrah!“ ist der Ruf beim Angriff in der englischen Armee und Flotte, dem englischen Volke dagegen dient dieser Ausruf zur Begrüßung seiner Repräsentanten oder zur Verabschiedung von seinen Lieblingen; bei öffentlichen Malen, bei Trinkgelagen, immer tönt der Hurrahruf. Charakteristisch ist es, auf welche Weise dieses gothische Wort sich nach Rußland vertrieb. In der City von London befindet sich ein Gäßchen, hart oberhalb der Themse, das „Schwarze Gäßchen“ genannt, in welchem ein elend aussehendes Häuschen steht, das zu einer Kneipe eingerichtet ist. Die vordere Seite desselben ziert ein auffallend großes Aushängeschild, ein männliches Brustbild in russischer Tracht, auf dessen Brust eine Deloration, ein nach zu unterscheidender Stern prangt. Die Zeit und andere Einflüsse verzeihen die Malerei des Aushängeschildes allerdings in einen äußerst trostlosen Zustand und der Vorübergehende muß sich besonders viel Mühe geben, um die alten Pinselstriche zu enträtheln. Eine größere Aufmerksamkeit widmet der Wirth dieser Kneipe aber der unten am Schilde in englischer Sprache angebrachten Aufschrift: „Gzaar Peter I. von Rußland“, welcher häufige Auffrischungen zu Theil werden, indem es dem

Probefahrt im Beisein eines zahlreich versammelten Publikums statt. Dieselbe ging von dem Bahnhofe der Nikolaibahn in Petersburg aus und wurde mit einem mit Passagieren angefüllten Wagen ausgeführt. Die Lokomotive besteht aus einer Plattform mit einem größeren Behälter für die komprimierte Luft und einer Reihe horizontal übereinander gelegter Röhren, welche die Luft, die die Maschine in Bewegung setzt, leiten. Die Geschwindigkeit läßt nichts zu wünschen übrig, denn sie beträgt 30 bis 37 Berst in einer Stunde. Es fragt sich nur, ob dieses System im Großen anwendbar sein wird. Sollte sich diese Erfindung bewähren, so müßte sie einen so ungeheuren Einfluß auf alle Beziehungen des sozialen Lebens üben, daß die Folgen im ersten Augenblick gar nicht zu übersehen sind. Durch die alsdann ermöglichte Ermäßigung des Preises würde der Verkehr und Handel jedenfalls ganz andere Proportionen annehmen, und die Völker aller Zonen wären unabhängig von den Besitzern der Steinkohlenlager und Wälder.

O. Wie der in Philadelphia erscheinende „Sinai“ berichtet, hat Wilson, der im nordamerikanischen Kongreß beantragte, daß zu Feldpredigern nur christlich ordinierte Theologen ernannt werden sollten, in Folge der Gegenvorstellungen Seitens vieler jüdischer

Gemeinden, seinen Antrag dahin abgeändert, daß die Eigenschaft der Christlichkeit zum Feldprediger nicht erforderlich wäre. Sie sollten nur für alle Konfessionen aus ordentlichen Theologen bestehen.

Angekommene Fremde.

Vom 2. April. MYLIUS HOTEL DE DRESDE. Domänenpächter v. Sänger aus Polajewo, die Rittergutsbesitzer Graf Westarp aus Ludom, Schulz aus Krotowitz und Baron v. Firds aus Gersitz, Oberamtmann Boldt aus Neustadt b. P., die Rentieren Fräulein v. Döen aus Ludom, Fräulein Wendel aus Wolmersdorf und Fräulein v. Zychliska aus Budzin, Rentier v. Bardzinski nebst Frau aus Thorn, die Kaufleute Sachs aus Neustadt-Eberswalde, Krämpfe aus Breckenfeld, v. Amelungen aus Krosau, Döbelstein aus Braunschwelz, Posnanek und Michaelis aus Berlin, Joest und Steffens aus Eberfeld, Passel aus Dresden und Mock aus Mainz. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Landtagsmarschall Frhr. Hiller v. Gaertringen aus Bentsche, die Rittergutsbesitzer v. Gajewski aus Wollstein, Jacoby aus Trzcianka und Wirth aus Lopiwno, Assistentarzt Dr. Jaster aus Thorn, Lieutenant Renner aus Sagan, Gutsbesitzer Praetel aus Segowo, die Kaufleute Herwig aus Frankfurt a. M., Wudra und Coppius aus Berlin. HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Kozlowski aus Zernitz, Lieutenant im Trainbataillon 5. Armeekorps Blümchen aus Birnbaum, Probst

Zanagewski aus Piastke und Generalbesoldmüchtiger S. mit aus Wylewo. OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rentier Hauptamter Giamer aus Berlin, Oberamtmann Guggard aus Biala, Rittergutsbesitzer v. Kozlowski aus Segowo, die Kaufleute Rindbach aus Bremen und Eschmann aus Gaurdeon. SCHWARZER ADLER. Kaufmann Dujak aus Neubrand, Frau Rittergutsbesitzer v. Janneta aus Michale, Gutsbesitzer v. Loffow aus Starogonowo und Rittergutsbesitzer v. Kozlowski. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Haller aus Breslau und Sedowitz aus Braunschwelz, v. M. Probst Wilmacht aus Gnesen, Administrator Kehmman aus Brechen, Wirthschafts-Inspektor Neumann aus Grabowo, die Gutsbesitzer v. Chlapowski aus Szydlo, v. Sidoraki aus Krotkowo, v. Saraczewski und v. Jakszewski aus Jaragowo. BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Zychliska nebst Frau aus Jaragowo und v. Krasicki aus Krotowo. HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer v. Jablonski aus Tonowo, Deponom Mauch aus Neumarkt, die Inspektoren Arendt aus Gdki und Burghard aus Polskawitz. HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer v. Kozlowski aus Jaragowo, Landwirth Winkler aus Bieleha, Gutsbesitzer Koller aus Choczyca, Gutsbesitzer Walther Richter aus Wilna, Lotterier-Gesellschaft, Zippert n. Frau und Frau Dr. Cohnstein aus Gnesen, Apotheker Weym aus Gdki, Gutsbesitzer v. Zaborowski aus Warchau, Kaufm. Werner aus Schrimm. ZUM LAMM. Die Handelsleute Brandt und Hecht aus Stettin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Monats-Uebersicht der Provinzial-Mittellbank des Großherzogthums Posen. Activa. Geprägtes Geld 338,430 Thlr. Notizen der Preuß. Bank und Cassenanweisungen 4,580 Wechsel 1,692,980 Lombard-Bestände 190,780 Effekten 24,870 Grundstück und diverse Forderungen 100,930 Passiva. Notizen im Umlauf 984,880 Thlr. Forderungen von Korrespondenten 50,210 Verzinsliche Depositen mit monatlicher Kündigung 234,610 6 11,000 Posen, den 31. März 1862. Die Direktion.

Proclama. Das Rittergut Soznica, mit Zubehör landchaftlich auf 118,944 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf. taxirt, den Michael von Chlapowski'schen Erben gehörig, soll am 5. Mai dieses Jahres 10 Uhr Vormittags auf die Zeit von Johanni 1862 bis dahin 1866 meistbietend verpachtet werden. Taxe und Pachtbedingungen sind in unserem Bureau II. einzusehen. Krotoschin, den 8. März 1862. Königliches Kreisgericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung. Das auf der zum Gute Glowno Nr. 1 bei Posen belegenen Wiesenparzelle bisher von dem Agenten Herrn F. G. Ehwanger in Posen pachtweise betriebene Torfgeschäft soll im Ganzen oder Einzelnen am Freitag den 11. April d. J. Vormittags 10 Uhr an Ort und Stelle meistbietend gegen gleich baare Zahlung aus freier Hand verkauft werden. Zum Angebot kommen: 1) 8 Morgen (Magdeburger) Torfmoor, das bis zum 1. April 1864 auszunutzen ist und auf Wunsch der Kaufstüftigen in beliebigen Parzellen versteigert werden kann; 2) ein Wärrerhaus von Fachwerk, zwei Stuben und einen Pferdefall enthaltend, welches bis 1. April 1864 fortzunehmen ist; 3) an Geräthschaften a) ein Arbeitswagen, b) verschiedene Schubkarren, Eimer, Rodehacken, Torfmesser, Torfforke, Hohlschaukeln und Torfmaschinen. Das Nähere zu erfahren bei Herrn Ehwanger.

Petum subter. Der beste Tabak. NB. Eignet sich auch zum Rauchen aus kleinen Holz- oder Chonpfeifen. Dieser unter obigem Namen eingeführte neue Rauchtabak aus der Fabrik der Herren Wih. Ermeler & Co. in Berlin hat sich einer schnellen Verbreitung zu erfreuen gehabt und empfiehlt solchen in Drittel- und Sechstel-Pfunden-Paketen à 2 und 1 Sgr. Wasserstraße Nr. 22/23. R. Suter.

optimum solem. unter der Sonne. Die Niederlage Gieskmansdorfer Fabrikate Schloßstraße Nr. 2 empfiehlt zum bevorstehenden Osterfeste ihre anerkannt triebkräftige stets frische Preßhese zu äußerst mäßigem Preise und ersucht um recht zeitige Ertheilung der Aufträge behufs pünktlicher Ausführung derselben. Die Theehandlung von F. Dmochowski, Wilhelmsstrasse No. 8, empfiehlt ausser Arrac und Rum in diversen Qualitäten auch die besten Danziger Liqueure, bezogen von der Firma: „Unter dem Lauch“ daselbst. Mein Lager befindet sich im Colosseum, Bronnerstr. Nr. 4. S. A. Auerbach.

Pferdeverkauf. Donnerstag den 10. April c. Vormittags 10 Uhr werden auf dem Ranonienplatze hieselbst 15 ausgewählte gewesene königl. Dienstpferde als unbrauchbar meistbietend verkauft werden, wozu Kaufstüftige hiermit eingeladen werden. Das Kommando der königl. 3. Fußabtheilung Niederschlesischen Artillerie-Brigade Nr. 5.

Vorbereitungsklassen für Gymnasium und Realschule. In meinen Vorbereitungsklassen beginnt der neue Kursus den 7. d. M. Anmeldungen werden täglich entgegengenommen. J. Lewek, Wasserstr. 17. Kleine Knaben finden in einer Familie die sorgfältigste Aufnahme. Näheres werden die Herren Direktoren Sommerbrodt, Brennecke und Herr Consist. Rath Carus mitzuthellen die Güte haben.

Ich beabsichtige mein hiesiges Wohnhaus mit einigen Morgen Gartenland zu verpachten. Es qualifizirt sich dies Geschäft besonders für einen Gärtner, da ich die Nutzung einer Spargelanlage von 64 Zeilen mit zu verpachten gelassen bin. Näheres hier am Orte. Carlshof bei Zarowo. Pauli.

Ein Dekonomieinspektor, schon erfahren genug, um ein größeres Gut meist selbständig bewirtschaften zu können, findet bei einer adligen Herrschaft eine dauernde Anstellung mit vorerst 300 Thlr. Jahresgehalt bei freier Station und Reitpferd. Nähere Auskunft ertheilt im Auftrage das landwirthschaftl. Anstellungs-Bureau in Berlin, Zeughausstraße 63. Joh. Aug. Götsch.

Ein junger Mann ordentlicher Eltern, mit hinreichenden Schulkenntnissen ausgerüstet und der deutschen und polnischen Sprache vollkommen mächtig, kann in unserem Geschäft als Lehrling sofort eintreten. Ed. Bote & G. Bock, Hof-Musikbändler, Posen, Wilhelmsstraße Nr. 21.

Militär-Vorbereitungsanstalt. Nachdem höhern Orts die Bestimmung getroffen worden, daß von der Bebringung des Primanerzeugnisses zur Ablegung des Fähndrichsramens noch bis zum 1. Januar 1863 Abstand genommen werden soll, mache ich namentlich für das nächste Jahr auf meine Anstalt aufmerksam. Es ist mir seit 17 Jahren gelungen, etwa 650 junge Leute, namentlich für die höheren Klassen von Schulen, für das Fähndrichs- und für das Freiwilligenexamen mit glücklichem Erfolge vorzubereiten, und es sind oft die Vorkenntnisse, mit welchen solche junge Leute bei mir eintreten, sehr gering gewesen. In allen Fällen hat die Vorbereitung nur kurze Zeit, oft bei guten Vorkenntnissen nur wenige Wochen gedauert. Pensionäre finden freundliche Aufnahme und werden durch mich und mein Lehrkollegium sorgfältig überwacht. Dr. J. Killisch, Berlin, Adlerstr. 10.

Die erwarteten Hamburger Speckbücklinge empfangen W. F. Meyer & Co., Wilhelmsplatz 2. Wilde Enten empfangen H. G. Wolff, Wilhelmsstr. 17. Lotterieloose bei Hille, Schloßstr. 11, Berlin.

Dr. Beringuer's Leberthran-Gelée (komprimierter Leberthran), geruch- und geschmacklos, wird von allen Lungentranken (Schwindkräftigen) und strophulösen Kindern gern genommen, da ihnen dasselbe bei längerem Gebrauch nicht zuwider wird. — Zu beziehen à Blechbüchse 1 Thlr. durch H. Berg in Berlin, Rosenthalerstraße 72 a.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei R. Wisnack, Bäckermeister St. Martin Nr. 63. Einem Sohne rechtlicher Eltern, welcher das Schlosserhandwerk erlernen will, weist eine Stelle nach Julius Schönecker in Breschen. Ein Lehrling kann eintreten beim Bildhauer Maluche, Gr. Gerberstr. Nr. 17. Eine Erzieherin, im Seminar zu Posen ausgebildet, welche in allen Lehrgegenständen unterrichten kann, Französisch spricht und musikalisch ist, sucht ein Engagement. Gute Empfehlungen können nachgewiesen werden. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Wurzeln pro 1862 offerire ich von erprobter Keimkraft und Echtheit zu geneigter Abnahme Pohl's Riesen-Futterrüben und echten weiß. grünlöpfigen groß. englischen, süßen Dauer-, Gs- und Futter-Riesenwurzeln-Röhren Samen eigener 1861er Ernte, so wie alle Arten Gemüsesamen zur Frühbeet- resp. Mistbeetbereitung und fürs freie Land, Blumen- und ökonomische Futter- und Grassamen, insbesondere der Futter-Turnips und in der Erde wachsende Runkelrüben-Spezies, Wurzelsorten, Erdrüben- und Krautsamen, so wie Gemüse-Samereien für Frühbeete und fürs freie Land in den vorzüglichsten Sorten. Friedrich Gustav Pohl, Breslau, Herrenstraße 5, nahe am Blücherplatz.

Gogoliner Kalk, frisch gebrannt, für Posen und nach den Eisenbahnstationen, liefert billigst A. Krzyzanowski in Posen am Gerberdamm und Sandstraße Nr. 10. 100 Stück Schöpfe, mit Körnern schwer gemäset, stehen auf dem Dominium Nieder-Seiersdorf, Eisenbahnstation Fraustadt, zum Verkauf. Auf dem Dominio Kurraene, eine Meile vom entfernt, stehen 7 fetter Ochsen (hochseiner) zum Verkauf.

Gardinen, Möbel- und Portierenstoffe, Rouleaux, weiss gestickt und in Bunt, Teppiche, Wachstapeten, Läufer etc. Anton Schmidt. Die Handlung von August Klug, Breslau, Herrenstraße Nr. 3, empfiehlt ihr Lager engl. Sättel, Säume, Trennen, Martingals, Hitz- und Luchabrocken, Pferdebeden, engl. und Stancischer Fahr-, Reit- und Heppelischen, Gebisse und Sporen aller Art, in Stahl und Neusilber, so wie auch Hand- und Reiselofer, Geltsachen, und alle zur Reise erforderlichen Gegenstände in größter Auswahl und zu möglichst billigen Preisen.

Männer-Turnverein. Hauptversammlung, Sonnabend den 5. April 1862 Abends um 8 Uhr im Vereinslokal, mit welcher ausnahmsweise die statutenmäßige gesellige Zusammenkunft für den Monat April verbunden wird. Der Vorstand.

Harzer Kanarienvogel, welche Koll., Gluck. und Nachtigallensart haben, sind zu verkaufen im Hause des Herrn F. W. Ehlert, Wallische Nr. 13. Gute Möbel und Polsterwaren zu angemessenen Preisen empfiehlt der Tischlermeister A. Korduan, Gerberstr. 43.

Ein Flügel zu vermieten Wasserstr. 8/9. Malwald. Ein gutes Hebett Betten wird zu kaufen gesucht. Das Nähere Schützenstr. Nr. 6a. Parterre rechts.

Schwabentod! von L. W. Egers in Breslau. Giftfreies Pulver zur sichern Vertilgung der Schwaben nebst Brut. Preis der Schwabentel 10 Sgr., und Sprizmaschinen dazu à 10 Sgr. in Posen bei S. Spiro, Markt 87.

Posener Wohnungs-Anzeiger. Da der Druck des neuen Wohnungs-Anzeigers für die Stadt Posen sich etwas verzögert hat und derselbe erst Mitte dieses Monats erscheinen wird, so ersuchen wir diejenigen geehrten Einwohner Posen's, welche am 1. April ihre Wohnung gewechselt haben, diesen Wechsel bis spätestens den 8. d. M. entweder mündlich bei dem betreffenden Polizeirevier-Kommissarius oder besser schriftlich bei dem königl. Polizeidirektorium acfälligt anzuzeigen, damit der dem Wohnungs-Anzeiger beizugebende Nachtrag ein möglichst vollständiger werde. Posen, den 1. April 1862. Die Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

Die Handlung von August Klug, Breslau, Herrenstraße Nr. 3, empfiehlt ihr Lager engl. Sättel, Säume, Trennen, Martingals, Hitz- und Luchabrocken, Pferdebeden, engl. und Stancischer Fahr-, Reit- und Heppelischen, Gebisse und Sporen aller Art, in Stahl und Neusilber, so wie auch Hand- und Reiselofer, Geltsachen, und alle zur Reise erforderlichen Gegenstände in größter Auswahl und zu möglichst billigen Preisen.

Die Schuldner des verstorbenen Brauereigers Herrn Aug. Borkert fordern wir hierdurch auf, die schuldigen Beträge bis zum 15. d. Mts. an die Aug. Borkert'sche Nachlassmasse zu Händen des mitunterzeichneten Kaufmanns R. Garfey hierabzuführen. Nach Ablauf dieser Frist werden wir die Ausstände gerichtlich einzuziehen.

In gleicher Weise ersuchen wir alle diejenigen, welche noch Ansprüche an die Masse haben, dieselben in genannter Frist bei uns anzumelden, und im geeigneten Falle Zahlung dafür in Empfang zu nehmen.

Die testamentarisch bestellten Vormünder der Aug. Borkert'schen Minorennen. Julius Reimann. Robert Garfey.

Lambert's Salon. Mittwoch den 2. April. Sinfonie-Konzert unter Leitung des Herrn Roy. Du. Don Juan und Oberon. Andante aus der C-moll-Sinfonie von Beethoven und D-dur von Haydn.

Konzert-Anzeige. Den 8., 9., 10. u. 11. April 1862 im Saale des Bazar CONCERT vom Königl. Musikdirektor B. BILSE mit feiner Kapelle aus Liegnitz.

Börsen-Telegramm. Berlin, den 2. April 1862. 1. Roggen, Stimmung besser. 2. loco 50 1/2. 3. April 49 1/2.

Pofener Marktbericht vom 2. April. Kein Weizen, Schf. 3. 16 Mg. 2 20 - 2 25. Mittel-Weizen 2 15 - 2 17 1/2. Bruch-Weizen 2 7 1/2 - 2 10.

Stettin, 1. April. Wetter: Regnigt. Wind: S. D. Temperatur: + 7° R. Weizen loco p. 85 Pfd. gelber märk. 82 Pfd. 74 Rt. bez.

Freier weißer Weizen 85-87 Sgr., mittelweißer und weißbunt. 76-79-82 Sgr., feiner gelber (schl. 82-85 Sgr., mittlerer (schl. und galtscher 74-80-81 Sgr., blaupispiger 65 bis 70-75 Sgr.

BAZAR. Sonnabend den 5. April 1862. Abends 7 1/2 Uhr. CONCERT der Herren Hans von Bülow, Dr. Leopold Damrosch, Fräulein Marie Holland. Programm I. Abtheilung: 1) Grosse Sonate für Piano und Violine, op. 47 (A-dur) Beethoven.

Wasserstand der Warthe: Pofen am 1. April Brm. 8 Uhr 7 Fuß 8 Zoll. 2. 7. 2.

Kaufmännische Vereinigung zu Pofen. Geschäfts-Versammlung vom 2. April 1862. Fonds. Pofener 4% alte Pfandbriefe 104.

Wasserstand der Warthe: Pofen am 1. April Brm. 8 Uhr 7 Fuß 8 Zoll. 2. 7. 2.

Produkten-Börse. Berlin, 1. April. Wind: S. D. Barometer: 28 1/2. Thermometer: früh 6°. Witterung: re. nigt.

Wollbericht. Breslau, 31. März. Bei schleppendem Geschäftsgange wurden im März ca. 3300 Ztr. fast ausschließlich russische und polnische Wollen an

Gold, Silber und Papiergeld. Amsterdam: 250 fl. kurz 143 1/2. Hamb. 300 fl. kurz 142 1/2.

Sonds- u. Aktienbörse. Berlin, 1. April 1862. Eisenbahn-Aktien. Aachen-Düsseldorf 3 1/2 88 1/2.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine. Berl. Kassenverein 4 166 1/2. Berl. Handels-Ges. 4 86 1/2.

Industrie-Aktien. Dessau-Kont. Gas-W. 5 107 1/2. Berl. Städt. Gas-Fabr. 5 78 1/2.

Prioritäts-Obligationen. Aachen-Düsseldorf 4 95 1/2. do. H. Em. 4 94 1/2.

Preussische Fonds. Freiwillige Anleihe 4 100 1/2. Staats-Anl. 1859 5 107 1/2.

Ausländische Fonds. Oest. Metalliques 5 50 1/2. do. National-Anl. 5 61 1/2.

Breslau, 1. April. Bei günstiger Stimmung waren nicht nur Eisenbahnaktien, sondern hauptsächlich österreichische Spekulationspapiere lebhaft gefragt. Verantwortlicher Redakteur: In Vertretung v. S. Polze in Pofen.